



**Claudia Roth MdB**  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Bericht

**Reise in die vom Klimawandel in besonderem Maße betroffenen  
Bangladesch, Kiribati und Fidschi**

*Reiseschwerpunkte: Klimakrise, internationale Verantwortung, klimabedingte Migration und Flucht*

Zusammensetzung der Bundestagsdelegation:

Claudia Roth MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen

Prof. Dr. Matthias Zimmer MdB, CDU

Frithjof Schmidt MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Reisezeitraum:

23. Februar bis 8. März 2019

## Zusammenfassung

Zusammen mit Prof. Dr. Matthias Zimmer MdB und Dr. Frithjof Schmidt MdB reiste ich in die besonders von der Klimakrise betroffenen Länder Bangladesch, Kiribati und Fidschi. Dort suchten wir den Austausch mit Entscheidungsträger\*innen, Betroffenen, Wissenschaftler\*innen und der Zivilgesellschaft. Die Delegation machte sich vor Ort eindrücklich ein Bild davon, wie schon heute Millionen von Menschen zu Vertriebenen werden, Orte und ganze Inselstaaten durch den ansteigenden Meeresspiegel bedroht sind – und vor welch enormen existenziellen, finanziellen und logistischen Herausforderungen die Menschen stehen.

In Bangladesch befinden sich 30 Prozent des bebauten Landes in einer von Überflutungen gefährdeten Küstenregion, die 35 Millionen Menschen beheimatet. Schon heute müssen Küstenbewohner\*innen ihre Dörfer verlassen, weil die Böden aufgrund von Salzeintrag durch den Meeresspiegelanstieg nicht mehr bestellbar sind, oder weil Fluten ihre Dörfer buchstäblich verschluckt haben. Jeden Tag migrieren alleine 2.000 Menschen nach Dhaka; die allermeisten von ihnen leben in den zahlreichen Slums der Hauptstadt. In der drittgrößten Stadt Khulna machen Binnenvertriebene fast ein Drittel der Bevölkerung aus. Expert\*innen rechnen in den kommenden Jahren mit weiteren Millionen von Menschen, die im Kontext der Klimakrise ihr Zuhause verlieren. Vor diesem Hintergrund verdeutlichte die Premierministerin Scheich Hasina Wajed in einem Gespräch mit der Delegation die Schwierigkeit des Landausgleiches für diese Menschen, da Bangladesch als extrem dicht besiedeltes Land alle verfügbaren Flächen dringend für die eigene Nahrungsproduktion benötigt.

Mit den Sunderbans sind auch die größten Mangrovenwälder der Erde und UNESCO-Weltnaturerbe durch die Erderwärmung und fossile Energie-Abhängigkeit gefährdet. Dabei bietet die grüne Lunge der Region den wichtigsten Schutz vor Zyklonen im Küstengebiet. Immer häufiger auftretende Salzwasserüberflutungen greifen die Mangrovenwälder zunehmend an; zudem wird derzeit in der Nähe des empfindlichen Ökosystems unter Beteiligung eines Unternehmens aus Deutschland ein Kohlekraftwerk errichtet.

Der Besuch des aus 33 Atollen bestehenden Kiribati zeigte die buchstäbliche Fragilität der kleinen Inselstaaten durch den ansteigenden Meeresspiegel. Die höchste Erhebung des Hauptatolls liegt nur drei Meter über dem Meeresspiegel, das Atoll ist oft nur wenige Meter breit und wirkt wie ein dünner Strich inmitten gewaltiger Wassermassen. Kam die „King-Tide“ früher nur maximal einmal im Jahr, rechnen die Bewohner\*innen inzwischen fast monatlich mit starken Fluten. Das Überleben Kiribatis und die Bewohnbarkeit der Atolle hängen damit maßgeblich von den Anstrengungen der Weltgemeinschaft ab, die Erderwärmung auf 1.5°C zu reduzieren.

Gleiches verdeutlichte auch der Außenminister Fidschis, Inia Seruiratu. Die Veränderungen klimatischer Verhältnisse hin zu mehr Regen, mehr Überflutungen und häufigeren Sturmfluten seien auch auf Fidschi hinlänglich spürbar. Während innerhalb Kiribatis Umsiedlungen gar nicht mehr denkbar sind, wurden auf Fidschi erste Dörfer der Küstengebiete bereits umgesiedelt.

Die Reise hat gezeigt: Die Realität vor Ort lässt es nicht zu, die Klimakrise weiterhin kleinzureden, geschweige denn zu leugnen, oder die Hände in den Schoß zu legen. Die Menschen vor Ort haben große Erwartungen an die Industriestaaten und an Deutschland: Sie erwarten hohe Anstrengungen zur Eindämmung der Klimakrise und tatkräftige Unterstützung bei bestehenden Schäden durch die – historisch betrachtet – Hauptverursacher dieser menschengemachten Krise. Und sie erwarten einen würdevollen und gerechten Umgang mit denjenigen Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen und dennoch im Kontext dieser Krise gezwungen sind, sich ein neues Zuhause zu suchen. Der Handlungsbedarf ist dringend. Neben dem radikalen Kampf gegen die Klimakrise muss es deshalb

unsere Aufgabe sein, die betroffenen Staaten darin zu unterstützen, effektive und würdevolle Lösungen vor Ort zu entwickeln. Es ist eine Frage historischer Klimagerechtigkeit, dass wir in den Industriestaaten nicht weiter den Kopf in den Sand stecken, sondern Verantwortung übernehmen. Der Umgang mit der Klimakrise und klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung sind schon heute zentrale Fragen der globalen Gerechtigkeit. Nun braucht es Antworten.

Eines machte die Reise besonders deutlich: Die Dringlichkeit, unverzüglich global und systemisch umzusteuern, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen und die globale Erderwärmung auf 1.5°C zu reduzieren, muss oberste Priorität erlangen, wenn wir das Schlimmste noch verhindern wollen. Nur durch konsequenten Klimaschutz können irreversible Kettenreaktionen im Erdsystem und damit weitreichende Auswirkungen auf die Überlebensbedingungen und die Menschenrechte weltweit verhindert werden. Zugleich benötigen die schon heute besonders betroffenen Regionen und Menschen konkrete Unterstützung in der Anpassung und der Bewältigung bestehender Schäden.

## **Bangladesch**

Der Besuch in Bangladesch fand in der Zeit vom 23. bis 26. Februar 2019 statt.

### *Dhaka*

Vor unserem Besuch in den vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen im Südwesten des Landes trafen wir uns in der Hauptstadt Dhaka mit hochrangigen Expert\*innen, darunter Mitglieder der Verhandlungsdelegation Bangladeschs bei den UN-Klimakonferenzen. Wir tauschten uns über die Folgen des Klimawandels in Ländern wie Bangladesch, Zentral- und Nordafrika sowie in den pazifischen Inselstaaten aus. Mit seiner geographischen Lage und einer Höhe von nur rund 4 Metern über dem Meeresspiegel sei das Küstenland in Bangladesch den Folgen des Klimawandels ausgesetzt wie nur wenig andere Länder des Planeten, so die Teilnehmer\*innen der Runde. Die Expert\*innen zeigten Beispiele der bereits heute spürbaren Folgen auf und diskutierten Möglichkeiten, die Herausforderungen richtig zu adressieren.

Von Deutschland wünschten sie sich insbesondere Unterstützung in der Qualifizierung entsprechenden Personals. Sie sehen in der mangelnden Qualifizierung eine der Hauptursachen der fehlenden Umsetzung der vorhandenen und an sich richtigen Pläne und Strategien, die die Regierung erarbeitet habe. Zugleich wiesen Sie aber auch auf die Grenzen der Anpassungsmöglichkeiten an den Klimawandel hin und brachten auch hier Beispiele für unvermeidbare Verluste und Schäden. Sie baten um Unterstützung in internationalen Zusammenhängen und bei internationalen Verhandlungen wie der COP, eine gerechte und nachhaltige Lösung für einen Finanzierungsmechanismus im Rahmen von „loss and damage“ zu finden. Die laufenden Debatten über die Klimarisikoversicherung hielten sie zwar für wichtig, aber für keine ausreichende Option, um in Ländern wie Bangladesch wirklich voran zu kommen.

Weiterhin wurde in diesem Rahmen das Problem der klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung diskutiert. Es wird erwartet, dass Bangladesch auf absehbare Zeit 11% seiner Landfläche verliert. Schon heute müssen Küstenbewohner\*innen ihre Dörfer verlassen, weil die Böden aufgrund von Salzeintrag durch den Meeresspiegelanstieg nicht mehr bestellbar sind, oder weil Fluten

ihre Dörfer buchstäblich verschluckt haben. Jeden Tag migrieren alleine 2.000 Menschen nach Dhaka; die allermeisten von ihnen leben in den zahlreichen Slums der Hauptstadt. Es wird damit gerechnet, dass in den nächsten Jahren mindestens 15 Millionen aus (auch) klimabedingten Gründen in die Städte migrieren oder fliehen. Die vom deutschen Botschafter eingeladenen Expert\*innen appellierten in der Runde an die Verantwortung der Industrienationen als Verursacher und baten um adäquate Unterstützung.

### *Khulna*

Um uns über die Auswirkungen des Klimawandels im ländlichen Raum im Südwesten des Landes zu informieren, besuchten wir mehrere Slums in der Stadt Khulna. Hier haben viele Menschen Zuflucht gefunden, die ihr Hab und Gut, die auch ihre Heimat verloren haben. Ein weiterer Programmpunkt war der Besuch der Sunderbans, des größten Mangrovenwaldgebietes der Erde und UNESCO-Weltnaturerbe, die nicht nur durch die Folgen der Klimakrise, sondern auch durch ein im Bau befindliches Kohlekraftwerk und den neuen Industrialisierungsschub der Region bedroht sind.

Khulna ist die drittgrößte Stadt Bangladeschs mit einer Bevölkerung von 1,6 Millionen Einwohner\*innen. Mehr als 460.000 davon sind allein in den letzten fünf Jahren dazu gekommen. Fast ein Drittel der aktuellen Bevölkerung der Stadt sind sogenannte Klimamigrant\*innen bzw. Klimaflüchtlinge, die jetzt in verschiedenen Slums der Stadt leben und immer noch keine richtige Zukunftsperspektive haben. In den Slums von Khulna, in denen die überwiegende Mehrheit dieser Menschen lebt, stellten sich die hygienischen und sanitären Bedingungen als miserabel dar, sauberes Wasser ist Mangelware.

Der Bürgermeister von Khulna, Talukder Abdul Khaleque, begleitete uns bei einigen Terminen. Er erzählte uns, dass die Stadt aus allen Nähten platze. Die Einwohnerzahl sei in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen; Landflucht sei einer der wichtigsten Gründe. Auf die Frage, ob die Regierung hier in der Provinz Hilfestellung leiste, zuckt der Bürgermeister mit den Schultern. „85 Prozent der Sozialausgaben des Staates aus Dhaka gehen in den ländlichen Raum“, sagt er. Für die Städte und ihre Anpassungsprobleme bleibe nur wenig. Vor diesem Hintergrund verwies er auf die Hilfe, die von der Europäischen Union und der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) geleistet werde. Dafür sei man dankbar.

Die GIZ und die KfW haben einige Projekte im Südwesten Bangladeschs und auch in Khulna aufgelegt, um die allgemeine Resilienz in der Stadt und manchen Gemeinden der Region zu erhöhen – und vielen aus den Küstengebieten stammenden Neuankömmlingen neue Perspektiven zu ermöglichen. Eines der GIZ-Projekte in Khulna zielt darauf ab, Frauen oder mittellosen Familien unter bestimmten Kriterien eine oder zwei Ziegen zur Verfügung zu stellen, deren Zucht eine kleine Nebeneinkunft oder in manchen Fällen ein kleines aber wichtiges Startkapital bedeutet. Das Programm wird von Frauen mit viel Elan und Begeisterung angenommen. In der Tat waren viele Männer unter den Migrant\*innen und Flüchtlingen zuvor Fischer. Eine Weiterführung ihrer eigentlichen Tätigkeit in Khulna ist unmöglich, eine reguläre Arbeitsstelle zu finden grundsätzlich schwierig. So arbeiten die meisten Männer als Tagelöhner. Mit dem „Ziegenprogramm“ der GIZ bekommen die Frauen vor diesem Hintergrund die Chance, zu Landwirtinnen ausgebildet zu werden. Wir besuchten deshalb das ebenfalls von der GIZ finanzierte Trainingszentrum für Landwirtinnen, in dem den Teilnehmenden das A und O der Ziegenzucht beigebracht wird. So werden sie in Grundlagen der Ziegenzucht unterrichtet: von der Zubereitung des Futters bis hin zu häufigen medizinischen Problemen von Ziegen und dem Umgang damit. Alle Frauen, die wir in diesem Trainingszentrum trafen, zeigten sich glücklich über die Möglichkeit, sich dank des Programms ein Startkapital verschaffen zu können.

In Khulna besuchten wir außerdem das von Deutschland finanzierte Projekt zur Anpassung der städtischen Infrastruktur an den Klimawandel. Bei der Begehung einer Uferbefestigung und des angrenzenden Slums mit 15.000 Bewohner\*innen konnten wir uns davon überzeugen, wie letztere durch diese relativ kleine Infrastrukturmaßnahme zum Schutz vor Überflutung große Erleichterung erfahren.

Am Abend konnten wir uns mit lokalen NGOs in Khulna austauschen. Diese NGOs leisten eine wichtige Arbeit in der Küstenregion, mit der sie die Bevölkerung in der Bewältigung der Folgen des Klimawandels unterstützen. Sie berichteten von der durch den Salzeintrag entstandenen Trinkwasserknappheit und der Versalzung der Böden. Insbesondere Frauen berichteten sehr anschaulich und bedrückend, wie sie durch Erosion oder Stürme ihr Haus und ihren Besitz verloren hatten. Deshalb seien sie froh, durch einkommensschaffende Maßnahmen eine wichtige Unterstützung zu erfahren.

### *Sunderbans*

Was die Mangrovenwälder und das UNESCO-Naturwelterbe betrifft, sind die Aussichten besorgniserregend: Mit steigendem Meeresspiegel und sich häufenden Überflutungen in den Flüssen zur Regenzeit gerät die Mischung von Salz- und Frischwasser aus dem Gleichgewicht. Das führt zu Stresssituationen bei Tieren und Pflanzen. Durch die schrumpfenden Mangrovenwälder verschwindet auch der größte und wichtigste Schutz vor Zyklonen in den Küstengebieten, was wiederum den Migrationsdruck in den schutzlos gewordenen Dörfern im Norden der Mangrovenwälder erhöht.

Ein gravierendes Problem mit dem nach Bangladesch fließenden Süßwasser ist die indische Politik bzw. das Wassermanagement der indischen Behörden im Oberlauf der Flüsse. In wasser- und regenarmen Zeiten behält Indien einen Löwenanteil der auch in Bangladesch für die Landwirtschaft wie in den Mangrovenwäldern dringend benötigten Wassermengen für sich. So verschärft sich die ohnehin kritische Situation in Bangladesch noch weiter. In regen- und wasserreichen Zeiten, wenn die indischen Staudämme also gefüllt sind, lässt Indien alles Wasser durchfließen, was wiederum zu viel Wasser für Bangladesch bedeutet. Nach Aussagen der lokalen Verantwortlichen gibt es bisher keinen Dialog und keine Verhandlungen dahingehend mit Indien, diese konfliktträchtigen Fragen einvernehmlich zu lösen.

Auf dem Weg zu den Sunderbans legten wir einen Halt in Rampal ein und trafen uns mit dem Management des Bauvorhabens eines großen Kohlekraftwerks mit einer beabsichtigten Leistung von 1.320 Megawatt. Das Projekt wird unter Leitung der deutschen Ingenieursfirma Fichtner realisiert und weltweit, vor allem aber in der Zivilgesellschaft von Bangladesch, sehr kritisch gesehen – nicht nur wegen der CO<sub>2</sub>-Ausstosses, sondern vor allem wegen der zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die Biodiversität und den Erhalt der Sunderbans. Das Kohlekraftwerk entsteht nur 14 km von der nördlichen Grenze der Mangrovenwälder entfernt. Die zu erwartende Luftbelastung, nicht zuletzt auch das hohe Schiffsaufkommen durch Kohletransporte quer durch die Sunderbans sind besorgniserregende Faktoren, die nach dem Bau des Kraftwerks zu erwarten sind. Bei dem Treffen unserer Delegation mit der bangladeschisch-indischen Betreibergesellschaft in Rampal waren ihre Vertreter sehr bemüht, aufzuzeigen, dass die Risiken beherrschbar seien. Der Vertreter des deutschen Unternehmens Fichtner zeigte Verständnis für die Kritik aus der Zivilgesellschaft und für die kritischen Fragen aus unserer Delegation. Im Gespräch erwies er sich als offen. Man habe in der Firma intensiv darüber diskutiert, ob man ein solches Projekt verantworten könne. Die Hauptargumente, an diesem Projekt mitzuwirken, seien unter anderem die seit den 60er-Jahren bestehende gute Zusammenarbeit mit und in Bangladesch gewesen; auch spräche die geplante

Nutzung effizientester Technologie zur Kohleverstromung dafür. Dank sehr hoher Schloten, so der Unternehmensvertreter weiter, würden die Sunderbans von den Emissionen ohnehin geschont. Und ohne die Technologie von Fichtner würden chinesische oder russische Unternehmen mit einer wesentlich älteren und unsaubereren Technologie das Kraftwerk bauen. Unsere Delegation kam zum Schluss, dass die Argumente zwar einleuchten, aber nicht befriedigend erscheinen. Mit der gleichen Logik könne man den Bau ähnlicher Anlagen in jedem Schutzgebiet rechtfertigen.

Anschließend hatte die Delegation die Gelegenheit zu einer Bootsfahrt durch die Sunderbans. In diesem Rahmen wurde uns das GIZ-Projekt vorgestellt, das zum Schutz der Mangrovenwälder konkrete Maßnahmen des Co-Managements der lokalen Bevölkerung mit der lokalen Regierung sowie Patrouillen gegen Raubbau fördert. Die Delegation konnte sich zum einen von der enormen Bedeutung des Mangrovenwaldes zum Schutz der Küstenregion vor Zyklonen überzeugen, zum anderen die Gefahren durch das bereits bestehende hohe Schiffsaufkommen und angrenzende Industrieansiedlungen erkennen. Das hohe Schiffsaufkommen und die verschiedenen Bauvorhaben mit großen Hafenanlagen sind klare Zeichen der Wirtschaftspolitik der Regierung von Bangladesch, diese Region in ihrem Sinne zu modernisieren und wirtschaftlich zu entwickeln.

### *Dhaka*

Nach der Rückkehr von Khulna nach Dhaka absolvierten wir ein dichtes Programm mit Treffen und Gesprächen mit Regierungs- und Parlamentsvertreter\*innen sowie mit NGOs.

Das Gespräch mit dem Umweltminister, Shahab Uddin, war wenig aufschlussreich. Drei Staatssekretäre des Ministers, die am Gespräch teilnahmen, beantworteten die meisten unserer Fragen entlang der bereits bekannten wirtschafts- und energiepolitischen Linie der Regierung. Der Schlüssel zur Lösung der Klimakatastrophe liege in den Händen derjenigen Länder, die am meisten dazu beigetragen hätten, auch Deutschland. Das problematische Wassermanagement Indiens im Oberlauf der gemeinsamen Flüsse wurde derweil auch im Umweltministerium als kritisch und krisenverschärfend wahrgenommen. Es habe noch keine Möglichkeiten gegeben, sich mit den indischen Offiziellen darüber auszutauschen und über Lösungen zu reden.

Die zunehmend überlastete Infrastruktur der Hauptstadt mit zahlreichen Slums und der täglich wachsenden Zahl von Einwohner\*innen, die veraltete Industrie im städtischen Raum, der Autoverkehr mit alten Verbrennungsmotoren und die vorhandenen fossilen Kraftwerke tragen dazu bei, dass Dhaka unter den dreckigsten Städten der Welt mit krankmachender Luftqualität firmiert. Beim Gespräch im Umweltministerium wurde deutlich, dass die Verantwortlichen zurzeit keine Idee haben, wie solche Probleme angegangen werden könnten.

Das Gespräch mit der Parlamentspräsidentin Shirin Sharmin Chaudhury wiederum fand in einer freundschaftlichen Atmosphäre statt, fiel terminbedingt aber leider sehr kurz aus. Unter anderem vereinbarten wir, im Rahmen der IPU enger zusammenzuarbeiten und uns bei der kommenden Jahresversammlung der IPU in Katar zu treffen.

Premierministerin Scheich Hasina Wajed, die sich für das Gespräch mit uns viel Zeit nahm, spiegelte viele dramatische Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in Bangladesch anhand ihrer persönlichen Biografie wider. Sie ist die Tochter des Staatsgründers Sheikh Mujibur Rahman. Ihr Bild und das ihres Vaters sind beinahe allgegenwärtig in Bangladesch. Als ihr Vater und mehrere Familienmitglieder 1975 bei einem Putsch ermordet wurden, war sie mit ihrem Mann in Deutschland. Nach schwierigen Jahren im Exil in Deutschland und Indien entschied sie sich für ein Leben in der Politik. Nur sechs Jahre später wurde sie im Exil zur Vorsitzenden der Partei „Awami League“ gewählt. Es ist die Partei

ihres Vaters, mit der er die Unabhängigkeit von Pakistan erkämpft hatte, in einem grausamen Krieg, dem mehr als drei Millionen Bengalen zum Opfer fielen. Beim Besuch des „Liberation War Museums“ in Dhaka wurde uns klar, wie frisch die Erinnerungen an diesen grausamen Krieg noch sind. Die Jahre des Unabhängigkeitskrieges waren eine Zeit des Mordens, die noch heute Wunden hinterlässt.

Premierministerin Scheich Hasina Wajed versuchte vor diesem Hintergrund ihre Politik in Bezug auf Demokratisierung und Industrialisierung des Landes, das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele und die Bekämpfung von Armut zu erläutern. Sie freute sich, dass ihr Land dank der Entwicklungen in den letzten Jahren die Kriterien erreicht habe, um die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) zu verlassen. Auf die Frage, ob die Möglichkeit bestünde, den sogenannten Klimamigrant\*innen bzw. Klimaflüchtlingen mit einem kleinen Stück Land eine Lebensgrundlage zu geben, sagt sie, Bangladesch sei das am dichtesten besiedelte Land der Welt. Sie brauche alles verfügbare Land, um Landwirtschaft zu betreiben. Sie müsse ihre Menschen ernähren können; Nahrungsmittelsouveränität in Bangladesch zu gewährleisten, sei existenziell für den Staat. Im Laufe des Gesprächs sprachen wir auch die Bedeutung der elementaren Menschen- und Bürgerrechte und der Minderheitenrechte für ein friedliches Miteinander und für eine demokratische Entwicklung des Landes an, ebenso wie die von Menschenrechtsorganisationen bemängelten Demokratiedefizite bei den letzten Parlamentswahlen und den Umgang mit der Opposition. Außerdem plädierten wir dafür, bei der Industrialisierung des Landes nicht die Fehler der industrialisierten Länder zu wiederholen und beim Stillen des Energiehungers nicht auf fossile Energieträger zu setzen.

Ich dankte der Premierministerin für ihre Teilnahme an der Münchener Sicherheitskonferenz, denn die von der Klimakrise betroffenen Länder seien immer noch in sicherheitspolitisch relevanten Zusammenhängen international wie regional nicht adäquat repräsentiert. Sie war eine der Podiumsteilnehmer\*innen gewesen, die auf die Thesen von Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber geantwortet hatte. In Dhaka erläuterte sie, man habe viele Maßnahmen ergriffen, um der Versalzung der Böden entgegen zu wirken, besseren Schutz für die Menschen zu bieten und die Widerstandskräfte gegen den Klimawandel zu stärken. Auf die Frage, ob dies ausreiche, könne niemand eine überzeugende Antwort geben. Auch gab sie keine Antwort auf die Frage, was passieren würde, wenn die Wasserpegel weiter steigen und in Bangladesch mehr und mehr Menschen auf immer weniger Raum zusammengedrängt würden. Hier erinnerte ich an die Thesen und Forderungen von Prof. Schellnhuber, die er auf der Münchener Sicherheitskonferenz aufgestellt hatte: Ein Klimapass für Menschen, die von der Klimakatastrophe besonders stark betroffen sind, zur Einreise in diejenigen Länder, die sie – historisch betrachtet – überwiegend verursacht haben, insofern lokal und regional keine würdevollen Migrationsmöglichkeiten geschaffen werden können.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs mit der Premierministerin boten wir als Delegation gemeinsam mit dem deutschen Botschafter an, sie und ihre Regierung bei der Implementierung der angekündigten Reformagenda zu unterstützen. Scheich Hasina nahm das Angebot mit Dank an, ebenso wie den Vorschlag zur Zusammenarbeit mit deutschen politischen Stiftungen zu Demokratisierung und politischer Bildung.

### *Zwischenfazit*

Insgesamt konnten wir in Bangladesch einen prägenden Eindruck von den Folgen der Klimakrise und der Situation der Klimaflüchtlinge in den Slums der größeren Städte des Landes erhalten. Insbesondere auf die arme Bevölkerung in der Küstenregion und die aufnehmenden Städte kommen große Herausforderungen zu. Es wurde deutlich, dass die Politik in Bangladesch sich klar entschieden hat, den Weg der Industrialisierung und Energieversorgung zu beschreiten, die zum erheblichen Teil

auf der Nutzung fossiler Energie beruht – und auf langfristige Folgen angesichts der Klimakrise und der sensiblen Umwelt im Südwesten des Landes wenig Rücksicht nimmt. Der Besuch der Projekte in Khulna und den Sunderbans, die im Rahmen einer Entwicklungszusammenarbeit mit Deutschland verwirklicht werden, zeigte zugleich, wie vulnerable Gruppen der Bevölkerung in Städten und wie der Schutz der Mangrovenwälder mit deutscher Unterstützung begünstigt werden.

## **Brisbane, Australien**

Auf dem Weg von Bangladesch nach Kiribati haben wir am 28. Februar 2019 einen flugtechnisch bedingten Aufenthalt von 24 Stunden in Brisbane einlegen müssen. Das eintägige Programm in Brisbane war vielfältig und inspirierend: Gespräch und Briefing durch den deutschen Generalkonsul in Sydney und den deutschen Honorarkonsul zur Lage in Australien, Besuch in der „Queensland Art Gallery & Gallery of Modern Art“, Gespräch mit dem Speaker des Parlaments von Queensland, Herrn Curtis Pitt, und eine Diskussion zum Thema Klimaschutz in Australien und der pazifischen Region mit Wissenschaftler\*innen der Universitäten von Brisbane und Vertreter\*innen von Umweltorganisationen.

Das Gespräch und der Austausch mit Wissenschaftler\*innen der Universitäten der Stadt (Queensland University of Technology, University of Queensland, Griffith University) und Vertreter\*innen von Umweltorganisationen war sehr aufschlussreich und informativ. Alle Teilnehmer\*innen der Runde teilten die Ansicht, dass wir konsequent von der Klimakrise anstelle vom Klimawandel reden sollten. Es sei wichtig, zwischen Reaktion und Resilienz in der Klimapolitik zu unterscheiden und die Rolle ökonomischer Lösungen für ökologische Probleme richtig einzuschätzen. Man dürfe die Diskussion über die Folgen der Klimakrise nicht auf technologische Lösungen beschränken. Um Folgen der Klimakrise in Australien anschaulich zu machen, sei es wichtig, über die realen Folgen – wie die Situation des Great Barrier Reef – zu sprechen, statt theoretisch über das Pariser Klimaabkommen zu diskutieren. Dass die Klimakrise eine global bedeutsame klimabedingte Migration und neue Fluchtbewegungen von Menschen und Kapital verursache, solle in den Diskussionen mit der Absicht thematisiert werden, humane und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.

In der Runde wurde auch über die aktuelle Politik der australischen Regierung gesprochen. Wie auch ihre Vorgänger versuche diese das Thema Migration zum Hauptwahlkampfthema zu machen, was an der realen Stimmung in der australischen Gesellschaft vorbei gehe. Die Mehrheit der Menschen halte das Thema Klimawandel bzw. Klimapolitik für das wichtigste Thema der Gegenwart und die wichtigste Aufgabe der Politik. Diese Stimmung in der Bevölkerung habe die Regierung gezwungen, viel Geld für den Bereich Umweltpolitik bereitzustellen und sich in allen sensiblen Umweltbereichen großzügig zu zeigen. Die Bereitschaft, zum Beispiel viele Mittel zur Rettung des Great Barrier Reef zur Verfügung zu stellen, gehe allerdings mit einer rücksichtslosen Fortsetzung der Kohleexportpolitik einher. Die Regierung versuche mit viel Geld für reaktive Lösungen im Umweltbereich ihre verheerende und zukunftsfeindliche Energie- und Kohlepolitik reinzuwaschen.



## Kiribati

Am 28. Februar setzten wir die Reise von Brisbane nach Kiribati fort. Der Flug war verbunden mit zwei Zwischenlandungen auf den Solomonen-Inseln und Nauru. Nauru ist eine ehemalige deutsche Kolonie. Viele deutsche Namen und Begriffe seien immer noch üblich, hörten wir. In Nauru wiederum befindet sich das von der australischen Regierung angemietete und eingerichtete große Internierungslager (detention center) für Bootsflüchtlinge, ein Schlüsselement der australischen Abschottungspolitik. Nauru hatte lange vom Phosphatabbau gelebt, mit einem sehr hohen Pro-Kopf-Einkommen, das nun endgültig Geschichte ist. Der arme und schlecht regierte Inselstaat hat allerdings bis heute mit schweren ökologischen und sozialen Folgen dieser einseitigen Abbaupolitik zu kämpfen. Am Flughafen Nauru hatten wir Gelegenheit zu einem kurzen Austausch mit dem Botschafter von Taiwan, der eine große Besuchergruppe in dieser Nacht begleitete. Offensichtlich pflegt Taiwan aus der Zeit des Kalten Krieges immer noch sehr gute Beziehungen zu den Inselstaaten in dieser Region, mit beachtlichen Investitionen und technologischer Hilfe, trotz steigenden Drucks aus China.

Kiribati besteht aus 33 Atollen, die ein Staatsgebiet von mehr als 4.000 Quadratkilometern ausmachen. Das Besuchsprogramm fand in der Zeit vom 1. bis 4. März im Wesentlichen auf dem Hauptatoll Tarawa statt, auf dem sich auch die Hauptstadt Bairiki befindet. Ziel (und Ergebnis) der Reise war es, sich vor Ort einen Eindruck über die Folgen der Erderwärmung und den damit verbundenen Herausforderungen zu machen und mit diesem Fokus Gespräche mit Vertreter\*innen von Regierung, Parlament und Zivilgesellschaft zu führen.

Die ersten Eindrücke bei der Fahrt vom Flughafen zum Hotel waren ernüchternd: Das Hauptatoll wirkt wie ein dünner Strich inmitten gewaltiger Wassermassen, der schmale Landstreifen zwischen der Lagune und dem offenen Meer ist manchmal nur einhundert Meter breit. Rechts und links der Straße sind ärmliche Hütten, offene Küchen und Schlafräume auf Stelzen zu sehen, häufig auch Gräber der Ahnen direkt auf dem Grundstück. Man erklärte uns: Häufig werde die Nabelschnur auf dem Familiengrundstück vergraben und später dann der Tote auch dort beerdigt. So entstehe eine enge Beziehung zu dem Grund und Boden, auf dem man lebe, eine enge Familienbeziehung. Die Tragödie, die sich anbahnt, falls diese Inseln gänzlich unter Wasser stehen sollten, ist unschwer vorstellbar.

Vor Ort wurde sehr schnell klar, dass das Land mit großen Herausforderungen und gravierenden Problemen wie mangelnder Nahrungsmittelsouveränität, fehlender Trinkwasser- und Sanitärversorgung, mangelhaftem Abfallmanagement und häuslicher Gewalt konfrontiert ist.

Kurz vor unserer Ankunft zog die Regierung von Kiribati ihre ursprüngliche Bereitschaft zur Unterstützung des Besuchs zurück, weil sie gegen unsere Gesprächswünsche mit dem früheren Präsidenten Anote Tong (2003-2016) und den Vertretern der Opposition im Parlament war. Angeblich kam das Protokoll der Regierung mit der teilweise zeitgleichen Betreuung einer weiteren hochrangigen Delegation aus Neuseeland (Vize-Premierminister und Außenminister Winston Peters, drei weitere Minister und mehrere Abgeordnete) an seine Grenzen. In der Kommunikation wurde aber die kritische Haltung gegenüber unseren Programmwünschen sehr deutlich.

Trotz der ablehnenden Haltung der Regierung von Kiribati konnten wir intensive Gespräche mit einigen Oppositionsabgeordneten im Parlament von Kiribati, darunter mit Herrn Kaure Babo, dem ersten Präsidenten des Landes nach der Unabhängigkeit im Jahre 1979, Ieremia Tabai, dem Ex-Präsidenten Anote Tong, Kirchenvertretern, dem neuseeländischen Botschafter Michael Upton (High Commissioner of the New Zealand High Commission in Tarawa) und zahlreichen NGOs führen.

## *Anote Tong*

Das Gespräch mit dem Ex-Präsidenten Anote Tong fand im Privathaus eines deutschen Kapitäns aus Hamburg statt, der seit Jahren in Kiribati lebt und die Arbeitsvermittlung für große Schifffahrtsgesellschaften und Reedereien verwaltet. Die meisten zu vermittelnden Personen sind die Absolventen einer Marineschule für Seefahrer. Die Entstehung der Marineschule geht auf die Initiative einer Hamburger Reederei zurück, die sich damit für die Rettung eines vor Kiribati gekenterten Reedereischiffes und die überwältigende Hilfsbereitschaft der Bevölkerung dankbar zeigen wollte. Die jungen Männer, die nach einer erfolgreichen Vermittlung in der Regel zwei bis drei Jahre auf den Schiffen von großen Schifffahrtsgesellschaften arbeiten, sind wichtige Devisenbeschaffer für das Land, indem sie ihren Familien in Kiribati monatlich Geld überweisen.

Anote Tong, der mit seiner Frau Nei Meme der Einladung des Hamburger Kapitäns gefolgt war, ist ein eloquenter Politiker. Er ist mit dem diplomatischen Parkett bestens vertraut und kennt sich mit der internationalen Politik gut aus. Entsprechend aufschlussreich war das Gespräch mit ihm. Ex-Präsident Tong zeigte auf, wie man die Einnahmen aus den Fischereilizenzen (derzeit angeblich rund 200 Millionen AUD pro Jahr) noch deutlich erhöhen könnte, wenn man Fangquoten statt Tageslizenzen vergäbe. Mit den Einnahmen könne man zumindest eine oder zwei Inseln widerstandsfähiger gestalten. Er habe immer gesagt, dass Kiribati nur dann „untergehe“, wenn nicht „radikale Anpassungsmaßnahmen“ an die neuen klimatischen Verhältnisse vorgenommen würden. Er sei zu diesem Thema beispielsweise in Kontakt mit der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate gewesen, die über umfassende Erfahrungen im Bereich künstlicher Landgewinnung verfüge: siehe die Errichtung von künstlichen Inseln vor Dubai. Mit einer Optimierung der Fischereieinnahmen seien erforderliche Anpassungsmaßnahmen finanzierbar. Umsiedlungen innerhalb Kiribatis würden zudem weitere Infrastrukturkosten (Schulen, Transport) einsparen. Er bedaure, dass die Regierung unter Staatspräsident Tenite Maamau jeglichen Dialog mit ihm und jedem, der mit ihm in Verbindung gebracht würde, verweigere. Diese Regierungspolitik habe Kiribati um Jahre zurück geworfen.

Anote Tong plädierte dafür, die globale Erwärmung ernst zu nehmen. Er fragte uns, was wir als Industrieländer und hauptsächliche Verursacher der globalen Erwärmung zu tun bereit seien. Wir erzählen ihm von den unternommenen Anstrengungen in Deutschland, vom steigenden Anteil Erneuerbarer Energien und vom Kohlekompromiss, der bis 2038 einen Ausstieg aus der Kohlekraft vorsieht. Allerdings wies ich auch auf meine Zweifel hin, dass die bisherigen Maßnahmen – in Deutschland und weltweit – ausreichen, um die Pariser Klimaziele zu erreichen und die Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu beschränken.

## *Opposition*

Im Gespräch mit vier Abgeordneten der Opposition und dem allerersten Präsidenten des Landes, Ieremia Tabai, wurde deutlich, wie gering der Einfluss und die Möglichkeiten der Opposition in Kiribati sind. Das Parlamentsplenum tagt nur drei Mal für jeweils zwei Wochen im Jahr, in den wichtigsten Ausschüssen sei die Opposition gar nicht erst vertreten. Unabhängige Medien gäbe es nicht. Reisekosten für Wahlkampfauftritte müssten die Abgeordneten selbst tragen.

Erst hier wurde uns der eigentliche Grund für die ablehnende Haltung der Regierung klar. Unterm Strich schwelt ein erbitterter innenpolitischer Streit um die Zukunft des Landes und darum, wie sich das Land in klimapolitischen Debatten auf internationaler Ebene positionieren sollte. Die aktuelle Regierung unter Präsident Tenite Maamau hat sich vom Kurs des früheren Präsidenten Anote Tong distanziert, der weltweit auf die Folgen des Klimawandels („Migration in Würde“, siehe auch den Dokumentarfilm „Anote's Ark“) aufmerksam gemacht und für mehr internationalen und

verbindlichen Klimaschutz geworben hatte. Der seit 2016 amtierende Tenite Maamau verfolgt hingegen einen anderen Kurs, setzt auf freiwillige Hilfen von Industriestaaten und mit seiner „20 years vision“ für Kiribati darauf, dass die Bevölkerung trotz des Klimawandels und trotz steigenden Meeresspiegels bleiben kann in einem Land, in dem die höchste Erhebung im Hauptatoll nur drei Meter über dem Meeresspiegel beträgt. Wir hören von den Oppositionspolitiker\*innen, der Präsident hoffe auf große Investitionen aus dem Ausland, um Kiribati zum Singapur des Südpazifiks zu machen. Das sei absurd und unrealistisch, so unsere Gesprächspartner\*innen.

### *Least Developed Countries*

Parallel zu unserem Besuch auf Kiribati fand das Halbjahrestreffen der Vertreter\*innen der „Least Developed Countries“ (LDCs) dort statt. Wir nutzten das Treffen – an dem auch Vertreter\*innen von EU, UN und diversen NGOs teilnahmen – für einen einstündigen Austausch. Der Schwerpunkt unserer Reise wurde von allen Teilnehmer\*innen positiv aufgenommen und begrüßt. Die internationale Klimapolitik sei nun mal ein Politikbereich, in dem diese Ländergruppen eine besondere Aufmerksamkeit erfährt. Bereits in der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) wurde vereinbart, dass die Vertragsstaaten in Bezug auf Klimafinanzierung und Technologietransfer die Bedürfnisse der LDCs besonders berücksichtigen sollen.

Der Vertreter von „Pacific Tuna Fisheries – Conservation International“ sprach das Problem der migrierenden Fischgründe im Südpazifik an. Die Bedeutung des Thunfischs sei für die Volkswirtschaften der pazifischen Inselstaaten einschließlich Kiribati und Tuvalu besonders groß. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels sei zu beobachten, dass die Tunfischschwärme immer weiter Richtung Osten wanderten. Da die Fischerei-Lizenzen vor allem wegen der Tunfischgründe die Haupteinnahmequelle dieser Staaten seien, sei ein internationales wie regionales „Good Governance“ für wandernde Arten nötig, um die klimainduzierte Umverteilung von Thunfisch aus den ausschließlichen Wirtschaftszonen auf hoher See als ein Klimagerechtigkeitsthema anzugehen und tragbare Regelungen zu erarbeiten. Die tropische Pazifikfischerei und die Aquakultur in dieser Region bräuchten unterschiedliche aber adäquate Reaktionen auf den Klimawandel.

### *Zivilgesellschaft*

Der Besuch in den Räumlichkeiten der NGOs „KiriCAN“ und „Pacific Calling Partnership/KHRA“ war Teil des Programms zum Austausch mit den lokalen NGOs. Die Aufgaben, die sich diese NGOs gestellt haben, decken eine breite Palette von Bildungs-, Gesundheits- und Vernetzungsbereichen ab, in denen der Staat fast gänzlich fehlt.

KiriCAN zum Beispiel bietet kostenlose Gesundheits- und Ernährungsberatung sowie Kochkurse an, um den Teilnehmer\*innen aktuelles Wissen und praktische Schulung im Umgang mit lokalen Lebensmitteln und zur Zubereitung auf Basis lokaler Produkte wie Fisch, Kürbis, Gurken, Kokosnuss und Brotfrucht zu vermitteln. Die fehlende Vielfalt ist mit der Beschaffenheit des Inselbodens zu erklären. Was in den Supermärkten der Hauptstadt angeboten wird, sind meistens Fertigprodukte aus anderen Ländern; frisches Gemüse und Obst sind kaum vorhanden. Laut Expert\*innen, mit denen wir sprechen konnten, sind Adipositas, Diabetes und Hypertonie die Volkskrankheiten der Insel, die ihre Ursachen insbesondere in der falschen und einseitigen Ernährung hätten. Gesundheitliche Probleme dieser Art im Kontext der vorherrschenden Armut stellen das Land vor enorme Herausforderungen. Dennoch und bemerkenswert: Im Gespräch wurde die Kritik an der

Regierungspolitik und generell an der Politik allenfalls indirekt und nur durch die Schilderung und Beschreibung der realen Zustände zum Ausdruck gebracht.

Ein sehr auffälliges Problem der Insel – insbesondere dort, wo eine höhere Bevölkerungsdichte vorherrscht – sind die massive Vermüllung der Fläche und die Verunreinigung von Wasser und Boden. Trotz einiger Mülldeponien in unmittelbarer Nachbarschaft mit Wohnvierteln sind Müll und Abfälle allgegenwärtig und überall sichtbar: ausrangierte und verrostende Autos fast vor jedem Wohnhaus; Industrie- und Haushaltsschrott aus allen Erdteilen, die auf Kiribati ihre letzte Station gefunden haben; Alltagsabfälle allerorts. Angesichts der hohen Entsorgungskosten und der finanziellen Spielräume des Staates besteht zudem keine Aussicht auf eine vernünftige Lösung und Entsorgung in absehbarer Zeit. Die meisten Menschen leben deshalb in einem Umfeld voller Müll, Dreck, Schmutz und Abfall – Umstände, die das Risiko von Krankheiten zusätzlich erhöhen. Laut einigen Gesprächspartnern haben nur knapp ein Drittel der Haushalte so etwas wie Kanalisation bzw. sanitäre Anlagen. Hinzu kommt das Problem immer knapper werdenden Süß- und Trinkwassers. Die einzige Trinkwasserquelle ist für die übergroße Mehrheit der Menschen das Regenwasser, das in dem sandigen Boden für eine gewisse Zeit gespeichert wird. Mit dem ansteigenden Meeresspiegel wächst allerdings auch hier der Druck des Salzwassers auf das im Boden gespeicherte Süßwasser. Die Versalzung des bis dahin sicheren Süßwassers im Boden ist ein zunehmendes Problem. Die Verunreinigung der Süßwasserreservoirs durch die auf dem Boden liegenden Industrieabfälle oder durch die biologische Verschmutzung der unmittelbaren Küste tut ihr Übriges.

Am 2. März besuchten wir das Jahrestreffen der KANGO: „Kiribati Association of NGOs“. Aufgrund der unterschiedlichen Hintergründe der teilnehmenden NGOs war keine direkte Kritik an der Regierungspolitik zu vernehmen, aber die Kritik an den realen Zuständen sehr deutlich. Unsere Gesprächspartner\*innen, vor allem die Älteren unter ihnen, berichteten von der Zunahme der Häufigkeit sogenannter „King Tides“ – ein Phänomen, das sie früher selten, maximal einmal im Jahr erleben mussten. Mittlerweile rechnen sie fast monatlich mit solchen „Mega-Fluten“; die letzte Überflutung habe lediglich zwei Wochen vor unserem Besuch stattgefunden. Von den Älteren war zu hören, der Strandbereich auf beiden Seiten des Atolls, sowohl auf der Lagunenseite als auch auf der Ozeanseite, existiere infolge des ansteigenden Wasserspiegels faktisch nicht mehr. Es gebe keinen Raum mehr, den man als Strandbereich bezeichnen könne. Beim Treffen mit den NGOs zeigte sich außerdem, wie akut die Armut der Bevölkerung und wie katastrophal das Bildungswesen finanziert und organisiert sind. Arbeits- und Perspektivlosigkeit seien die Hauptprobleme der jungen Menschen, so viele Teilnehmer\*innen des KANGO-Treffens.

Des Weiteren besuchten wir den Verein „Kiribati Women & Children Support Center“, der erwartet, in den kommenden Monaten den offiziellen Status einer NGO zu erhalten. Die Berichte der Vertreter\*innen waren schockierend: Häusliche und sexualisierte Gewalt seien in Kiribati (und wohl auch in anderen Ländern der Region) weit verbreitet. Circa 68% der 15-49-jährigen Frauen und Mädchen seien schon mindestens einmal Opfer häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt geworden. Hinzu komme ein Erbrecht, das die weiblichen Kinder gänzlich unberücksichtigt lasse. Die Aktivist\*innen machten zwar einen engagierten, bisweilen aber desillusionierten Eindruck im Hinblick auf mögliche Fortschritte. Zu fest erscheint die vermeintlich kulturelle Verwurzelung der – aus menschenrechtlicher Sicht: inakzeptablen – Regeln, zu weit verbreitet ist die Erzählung vermeintlich nationaler Traditionen. Die katholische Kirche hätte hier das Potenzial, eine der Akteurinnen zu sein, die diese Debatte konstruktiv und nach vorn gerichtet führen. Man warte deshalb, so die Aktivist\*innen, auf entsprechende Signale aus dem Vatikan.

Der umfassende Zugang zu den verschiedenen NGOs wurde nicht zuletzt dank der Arbeit und Präsenz der GIZ in Kiribati möglich. Ein in Fidschi stationierter GIZ-Mitarbeiter hatte von Anfang an aktiv an der Gestaltung des Besuchsprogramms mitgewirkt und begleitete uns auch vor Ort. Das ermöglichte

vertrauensvolle wie vertrauliche Gespräche mit den Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft. Die von der GIZ aufgelegten und betreuten Projekte gaben denn auch Hoffnung und Zuversicht, auch wenn die aktuelle Regierung es bequemer zu finden scheint, über die realen Probleme nicht zu reden. Die GIZ-Projekte in Kiribati jedenfalls haben folgende Schwerpunkte: Projekte zur Bewahrung der Meeresbiodiversität im Südpazifik; Stärkung der Klimaresilienz und Klimaschutzmaßnahmen; Ausbau der erneuerbaren Energien entlang einer Art Roadmap.

Am Sonntag nahmen wir an einem katholischen Gottesdienst in einer der größten Kirchen von Tarawa teil, der sehr gut besucht war. Laut statistischen Erhebungen der Regierung von Kiribati waren 96% der Bevölkerung im Jahr 2010 christlichen Glaubens, davon knapp 60% katholisch. Beeindruckend waren die fröhlichen und kraftvollen Lieder, die von Jung und Alt gleichermaßen gesungen wurden – als Zeichen des Glaubens und der Zuversicht. Die Attraktivität der Kirche ist in Kiribati offensichtlich hoch.

Am Sonntagnachmittag lud uns schließlich der neuseeländische Botschafter auf eine benachbarte Insel ein. Wir hatten Gelegenheit zu einem ausführlichen Briefing durch den Botschafter, Herrn Michael Upton, der uns einen guten Einblick in die Politik von Kiribati und die regionalen Zusammenhänge gewährte. Detailliert waren auch seine Berichte darüber, dass die wachsenden Einnahmen aus den Fischereilizenzen intransparent gehandhabt würden und es keine Rechenschaft darüber gäbe. Die endemische Korruption sei eine der hauptsächlichen Ursachen für die Vermüllung der Inseln, für das defizitäre Bildungswesen, für die mangelhafte Hygiene und für die fehlende sanitäre Infrastruktur im ganzen Land.

## **Fidschi**

Der Besuch in Fidschi fand in der Zeit vom 4. bis 8. März statt. In Fidschi wurden wir sehr freundschaftlich empfangen. In allen Gesprächen war die Dankbarkeit für die deutsche Unterstützung der Präsidentschaft von Fidschi bei der COP23 in Bonn im Jahre 2017 zu spüren.

### *Regierung*

Die Delegation wurde hochrangig von Regierung (Außen- und Verteidigungsminister Inia Seruiratu bilateral, weitere Minister zum Mittagessen) und Parlamentsvertreter\*innen (Vizepräsidentin bilateral, weitere Abgeordnete zum Mittagessen) wahrgenommen.

Sowohl der Außenminister von Fidschi, Inia Seruiratu, als auch die stellvertretende Parlamentspräsidentin des Landes, Frau Veena Kumar Bhatnagar, drückten den Wunsch nach fortgesetzter Zusammenarbeit mit Deutschland bei den Bemühungen von Fidschi gegen den Klimawandel und zur Milderung der Folgen der Klimakrise aus. Die Antwort auf die Klimakrise sei für Fidschi eine Frage des Überlebens. Sowohl im Gespräch mit dem Außenminister als auch während des Mittagessens mit den eingeladenen Abgeordneten der Regierungs- und Oppositionsfraktionen wurde deutlich, dass sich die klimatischen Verhältnisse zum Teil dramatisch verändert und die extremen Unwetterphänomene zugenommen haben. Es gebe mehr Regen, mehr Überflutungen und häufigere Sturmfluten, die bereits in der Vergangenheit die Umsiedlung zahlreicher Dörfer in den Küstengebieten erzwungen hätten.

Außenminister Seruiratu bezeichnete die Zusammenarbeit mit Deutschland im Rahmen der COP23 als großartig und sehr hilfreich. Er halte nichts von Politiker\*innen, die den Klimawandel in Frage stellten oder leugneten. Die Realität in seinem Land und insgesamt in der südpazifischen Region sei äußerst dramatisch. Alle Klimawandelleugner\*innen im globalen Maßstab sollten diese Region besuchen und sich Zeit nehmen, die Veränderungen mit eigenen Augen zu betrachten. Am Gespräch mit dem Außenminister Seruiratu nahm auch der Botschafter Fidschis bei der EU teil, der zu diesem Zeitpunkt in Suva war. Beide Politiker drückten auf die konkrete Nachfrage von Dr. Frithjof Schmidt hin ihre Enttäuschung darüber aus, dass die EU großen Zeitdruck auf die Pazifikstaaten bei den Post-Cotonou-Verhandlungen ausübe und ihnen keinen Spielraum für vernünftige Entscheidungsprozesse lasse.

### *Zivilgesellschaft*

In der Hauptstadt Suva trafen wir außerdem mit Vertretern von NGOs und Kirchen zusammen, die das Thema Klimakrise als entscheidende Überlebensfrage von Fidschi sowie aller Staaten im Südpazifik darstellten. In zwei Gesprächsrunden trafen wir überwiegend Kirchenvertreter, die allesamt einen sehr engagierten Eindruck in bürgerrechtlichen, sozialen und klimapolitischen Feldern machten.

Die GIZ, die mit einem Regionalbüro in Suva vertreten ist und unseren Besuch von Anfang an organisatorisch und inhaltlich mitbetreut hatte, pflegt offensichtlich eine fruchtbare und enge Zusammenarbeit mit den registrierten NGOs des Landes. In einem nicht-öffentlichen Gespräch konnten wir uns mit vielen NGOs austauschen, die die Zustände im Lande sehr gut beschrieben. Deutlich war die Kritik an der Informations- und Medienpolitik der Regierung, ebenso wie an der menschen- und bürgerrechtlichen sowie frauenrechtlichen Lage in der Inselrepublik Fidschi. Korruption, Vetternwirtschaft und Intransparenz in vielen wirtschaftlichen wie gesellschaftspolitischen Feldern erfüllen die NGOs mit großer Sorge.

### *Vunidogoloa, Vunisavisavi*

Mit Unterstützung des Protokolls von Fidschi und der zuständigen Provinzregierung konnte unsere Delegation das Dorf Vunidogoloa auf der zweitgrößten Insel Vanua Levu besuchen, das – wie zahlreiche andere Dörfer in Fidschi – wegen des steigenden Meeresspiegels umgesiedelt worden war. Allerdings hat Vunidogoloa nur bedingt Beispielcharakter, wie uns berichtet wurde. Vielmehr soll das Dorf eine große Ausnahme sein, organisatorisch und medientechnisch. In der Tat hat die Dorfgemeinschaft internationale wie staatliche Unterstützung erhalten, im Gegensatz zu den anderen umgesiedelten Gemeinschaften. Das neu entstandene Dorf wirkte im Vergleich zu vielen anderen Dörfern im Lande jedenfalls wie ein Vorzeigeprojekt, baulich und organisatorisch.

Die Dorfgemeinschaft in Vunidogoloa bzw. der Dorfvorsteher zeigten sich sichtlich professionell im Umgang mit unserer Delegation. Ein spontaner oder kurzer Besuch erwies sich als fast unmöglich, weil die Besucher bei mehreren rituellen Schritten mitwirken und mitmachen müssen. Dazu gehören die Zeremonie des gemeinsamen Kava-Wurzelextrakt-Trinkens, eine gemeinsame Begehung des Dorfes und eine gemeinsame Mahlzeit. Für den Besuch wurde eine Art Eintrittsgeld verlangt und das Mitbringen von Kava-Wurzeln erwartet. Das Dorf steht durch seine Umsiedlungsgeschichte im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. Deshalb wird es von vielen Medienvertretern und NGOs besucht.

Das andere Dorf, Vunisavisavi, das ebenso umgesiedelt worden war und dessen Besuch wir ebenfalls im Programm vorgesehen hatten, konnten wir aufgrund der starken Regenfälle und der massiven Erdrutsche nicht sehen. Vunisavisavi unterscheidet sich laut den vor Ort aktiven NGOs von Vunidogoloa dadurch, dass es ohne staatliche und internationale Unterstützung umgesiedelt wurde – und entsprechend vernachlässigt aussähe. Das Protokoll von Fidschi, das eine hervorragende Unterstützung bei der Durchführung des Besuchsprogramms leistete, musste den Programmpunkt allerdings kurzfristig aufgrund der verschütteten Straßen streichen.

### *Draubuta, Sigatoka*

Für den letzten Tag unseres Aufenthalts in Fidschi war der Besuch im Dorf Draubuta im Landesinneren der Hauptinsel vorgesehen, wo die GIZ ein Projekt betreut, mit dem der Bevölkerung neue Techniken in der Landwirtschaft beigebracht werden. Das Ziel sei, für mehr Nahrungssouveränität unter neuen Bedingungen zu sorgen und neue Arbeitsperspektiven in einem neu entstandenen Umfeld zu schaffen.

Lieder musste aber auch die GIZ-Vertretung, die den Besuch in Draubuta vorgeschlagen und geplant hatte, aufgrund der verschütteten Straßen nach den starken Regenfällen auf der Hauptinsel streichen. Als Ersatz besuchten wir die „Sigatoka Research Station“, ein landwirtschaftliches Forschungszentrum in der Küstenregion nicht weit von den größten touristischen Anlagen in der Gegend von Sigatoka gelegen, mit dem die GIZ eng zusammenarbeitet. Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Forschungsstation besteht darin, Wege und Mittel zu finden, den Landwirt\*innen in Fidschi zur Seite zu stehen, die sich angesichts des großen Anpassungsdrucks durch den intensiven Wandel der klimatischen Bedingungen häufig umorientieren müssen. Die leitenden Angestellten der „Sigatoka Research Station“ bedankten sich für die Zusammenarbeit mit der GIZ ausdrücklich. Diese Zusammenarbeit sei in jeder Hinsicht wertvoll – ideell, technisch, wissenschaftlich und politisch.

## **Fazit**

Die Reise in diese Staaten des Südpazifiks dürfte ein klares Signal dahingehend gesendet haben, dass die große Pazifikregion, die ungefähr ein Drittel der Erdoberfläche ausmacht, uns in Deutschland und Europa wichtig ist. Für die Delegation machte der Besuch deutlich, dass die Pazifikstaaten sehr unterschiedliche Entwicklungsstufen durchlaufen und dass die Klimakrise ein reales Problem für diese Staaten ist – wenngleich auch nicht für alle Herausforderungen und Probleme in diesen Ländern kausal.

In mehreren Gesprächen mit unseren Gastgebern vernahmen wir den klaren Wunsch, eine bessere diplomatische Präsenz Deutschlands im pazifischen Raum zu ermöglichen. Angesichts der Größe, Entfernungen und der wachsenden Bedeutung der Region ist dieser Wunsch verständlich und nachvollziehbar. Alle Delegationsmitglieder teilen das ausdrücklich.

Politisch drängt sich für die gesamte Region nicht nur die Frage auf, wie Umsiedlungen und andere Maßnahmen finanziert, wie eine frühzeitige und selbstbestimmte Migration ermöglicht werden können – sondern auch, welche völkerrechtliche Antwort wir als internationale Gemeinschaft auf den Verlust von Staatsgebiet, bisweilen womöglich den drohenden Untergang ganzer Länder geben

wollen. Auf klimabedingte Migration, Flucht und Vertreibung ist das internationale Recht aktuell kaum ausgelegt. Hier entschlossen zu handeln und einen politischen Rahmen zu setzen – darauf wird es, neben der konsequenten Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, in den nächsten Jahren ankommen. Deutschland und der Europäischen Union kommt dabei eine zentrale Verantwortung zu.